

Zur Zukunft der Kohäsionspolitik

**Seit 1991 gehört Sachsen (außer Leipzig ab dieser Förderperiode) zu den Ziel-1-Gebieten der EU-Förderung (75% des durchschnittlichen EU-BIP),
ab 2014 nicht mehr**

- gegenwärtig liegt unser BIP bei über 86% in Sachsen.
- Ca. 10 Mrd. Euro bis 2007 flossen vor allem in Wirtschaft und Technologie, Arbeit und Bildung, Landwirtschaft, heute drei große Töpfe: EFRE, ESF, ELER
 -
- Aktuelle Förderperiode 2007 bis 2013: 4 Mrd. Strukturfondsförderung, davon 3,1 Mrd. EFRE, 871,9 Mio ESF, plus Mittel für Landwirtschaft ELER – 986,4 Mio Euro, grenzüberschreitende Programme 213 Mio Euro

Die Kohäsionspolitik befindet sich im Umbruch:

- schwerste Krise seit Bestehen der EU, Destabilisierung des Finanzsektors
- Unsere Frage als LINKE: Wie Schere zwischen ARM und REICH verringern?
- Herausforderungen: Armut, Klimawandel, Finanzkrise, Diskriminierung
- deutlicher Rückgang des Haushaltsvolumens in Ostdeutschland (Sachsen von 16,49 auf 14,77 Mrd. Euro in 2014 –Auslaufen des Solidarpakts bis 2019)
- Ostdeutsche Länder: gewachsenes BIP über 80% des durchschnittlichen EU-BIP, real wirkt aber auch der statistische Effekt auf Grund der wirtschaftlichen Schwäche der meisten neuen EU-Mitgliedstaaten seit 2004

Deshalb sind erhebliche Förderungen auch zukünftig notwendig, wenn es nicht zu herben Ein- und Strukturabbrüchen in Ostdeutschland kommen soll.

Zu den Verordnungsentwürfen der Kommission zur Zukunft der Kohäsionspolitik

1. Mittelansatz für die Kohäsionspolitik:

2.

Aufstockung des EU-Haushaltes nach KOM-Vorschlag auf 1,1 %,
weniger für Kohäsion: nur 336 Mrd. Euro (bislang 376 Mrd. Euro),
weitere Kürzung um ca. 5% durch Preiserhöhungen

Bundesregierung ist gegen die Aufstockung der EU-Mittel auf 1,1 %,

DIE LINKE:

Kürzungen bei Militarisierung und Sicherheitspolitik der EU,
Aufstockung des BIP, Finanztransaktionssteuer in der EU.

3. **Alle Regionen fördern, Hauptfokus schwächsten Regionen**

Förderregionen:

weniger entwickelte Regionen

deren BIP unter 75% des EU-BIP liegt (Höchstförderung),

stärker entwickelte Regionen

mit einem BIP über 90% des BIP-Durchschnitts (geringste Förderstufe)

Übergangsregionen

(Zwischenkategorie) zwischen 75 und 90% des EU-BIPs, was wir als LINKE unterstützen. Die ehemaligen Konvergenzregionen sollen ein Fördervolumen von insgesamt zwei Drittel des jetzigen Fördervolumens erhalten (**Sicherheitsnetz**).

Territoriale Zusammenarbeit und die Regionen in äußerer Randlage

4. Kofinanzierungssätze

- für die weniger entwickelten Regionen nach Vorschlag der KOM 85% - 75%,
- für alle Regionen, deren BIP für den Zeitraum 2007-2013 weniger als 75% des Durchschnitts der EU25 für den Bezugszeitraum betrug, jedoch über 75% des BIP-Durchschnitts der EU27 lag, 75% liegen (z.B. ostdeutsche Regionen);
 - für die Übergangsregionen, auf die obiges nicht zutrifft, 60%,
 - für die stärker entwickelten Regionen 50%.

EU-BIP weiterhin Kriterium für Berechnung der Förderhöhe.

DIE LINKE fördert auch die Berücksichtigung von anderen Kriterien wie den demografischen Wandel, Arbeitslosigkeit oder regionale Nachteile.

4. Gemeinsamer Strategischer Rahmen ja, über delegierte Rechtsakte nein

Dieser Strategische Rahmen soll für alle fünf Fonds (EFRE, ESF, KF, ELER und Fischereifonds) gelten.

Problematisch ist, dass dieser Rahmen nicht im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unter Beteiligung des Parlamentes erlassen werden soll, sondern über einen delegierten Rechtsakt der KOM nach Artikel 142 AEUV.

= Narrenfreiheit für die KOM, das lehnen wir ab.

5. Thematische Ziele werden für alle fünf Fonds vorgeschlagen:

Stärkung Forschung, Entwicklung und Innovation
Informations- und Kommunikationstechnologie
Wettbewerbsfähigkeit kleine mittlere Unternehmen
Verringerung der CO2-Emissionen
Förderung Anpassung an Klimawandel
Umweltschutz, Ressourceneffizienz
Förderung der Nachhaltigkeit im Verkehr
Beschäftigung, Mobilität der Arbeitskräfte
Förderung soziale Eingliederung, Bekämpfung der Armut
Investitionen in Bildung,
Verbesserung der institutionellen Kapazitäten,
einer effizienten öffentlichen Verwaltung.

Für den EFRE heißt das:

stärker entwickelten Regionen und ein Teil der Übergangsregionen:

mind. 80% der Mittel gehen in Forschung, technische Entwicklung Stärkung Wettbewerbsfähigkeit der KMU, und Verringerung CO2-Emissionen; mindestens 20% der Mittel sollen für die Verringerung der CO2-Emissionen ausgegeben werden.

weniger entw. Regionen:

mindestens 50% der Mittel gehen in Forschung, technische Entwicklung, Stärkung Wettbewerbsfähigkeit der KMU, und Verringerung CO2-Emissionen; mind. 6% der Mittel gehen in Verringerung der CO2-Emissionen

Übergangsregionen, die vorher Konvergenzregionen waren:

mindestens 60% der Mittel gehen in Forschung, technische Entwicklung, Stärkung Wettbewerbsfähigkeit der KMU, und Verringerung CO2-Emissionen.

DIE LINKE lehnt diese enge Prioritätensetzung ab.

Für den ESF heißt das:

22 konkrete Investitionsprioritäten, wobei

stärker entwickelte Regionen

80% der Mittel auf bis zu vier Investitionsprioritäten

Übergangsregionen

70% der Mittel auf bis zu vier Investitionsprioritäten und

weniger entwickelte Regionen

60% der Mittel auf bis zu vier Investitionsprioritäten konzentrieren sollen.

20% aller ESF-Mittel sollen zur Armutsbekämpfung verwendet werden.

DIE LINKE unterstützt die Mittelverstärkung zur Armutsbekämpfung, aber wir kritisieren die Einengung auf eine bestimmte Anzahl von Investitionsprioritäten.

Verhältnis EFRE – ESF:

25% ESF für die weniger entwickelten Regionen, 40% ESF für die Übergangs- und 40% bzw. 52% der Mittel dem ESF für stärker entwickelten Regionen.

6. Partnerschaftsvereinbarung:

Zwischen der Europäischen Kommission und dem jeweiligen Mitgliedstaat wird eine Partnerschaftsvereinbarung geschlossen, die bereits alle Operationellen Programme enthalten sollen, wird höchst kritisch beurteilt, weil nicht realisierbar.

- Entwicklungserfordernisse in den Regionen
- Zusammenfassung der Ex-ante-Evaluierungen
- Auflistung der ERFE-, ESF- und Kohäsionsfonds-Programme
- integrierter Ansatz zur territorialen Zusammenarbeit.

7. Stärkung des Partnerschaftsprinzips

Bei Partnerschaftsvereinbarung, Erstellung der Operationellen Programme sollen die zuständigen regionalen, lokalen und städtischen Behörden, als auch die Wirtschafts- und Sozialpartner, und die Stellen aus der Zivilgesellschaft mit eingebunden werden.

8. Verstärkung von bisherigen und Einführung neuer Konditionalitäten

Ex-ante-Konditionalitäten

im Vorfeld, Vorliegen von nationalen Strategien, Aktionsplänen, Zielen

Ex-post-Konditionalitäten

Schwerpunkt auf Leistungsorientierung, Erreichung von im Rahmen von EU 2020-Strategie festgelegten Etappenzielen, die auch in der Partnerschaftsvereinbarung festgelegt sind.

Leistungsgebundene Reserve

5 Prozent der jeweiligen Fondsmittel werden zurückbehalten und nach Überprüfung im Jahr 2019 ausgezahlt. Damit wird die Haushaltssicherheit beeinträchtigt.

Makroökonomische Konditionalität (Art. 21)

Danach kann die Kommission Zahlungen aus den Fonds teilweise oder vollständig aussetzen,

- wenn der Rat zu dem Schluss kommt, dass der Mitgliedstaat die Ratsempfehlungen hinsichtlich der Wirtschaftspolitik nicht einhält
- wenn Rat zu dem Schluss kommt, dass Mitgliedstaat keine wirksamen Maßnahmen zur Korrektur eines übermäßigen Defizits ergriffen hat
- wenn das Direktorium des Europäischen Stabilitätsmechanismus zum Schluss kommt, dass die Auflagen aus der Finanzhilfe nicht erfüllt wurden.

Ablehnung!

**Zusätzliche bürokratische Hürden:
Was wir im Leben alles nicht brauchen!**

- Akkreditierungsverfahren
- Jährliche Managementerkklärungen
- Jährliche Rechnungsabschlüsse
- Sanktionsmöglichkeiten im laufenden Haushalt, verbunden mit zusätzlichen Kontrollen und Evaluierungen

VIELEN DANK!